Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

10 Goldpfennig — 100 Milliarden Papiermark.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Dienstag, 27. Mai 1924

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Wochenpreis (Sonntag bis Sonnabend) 1.— Goldmark.

Tägliche Rundschau

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,40 Goldmark je 83 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

27. 5. a Nr. 248 100 Milliarden
63. Jahrgang.

Die Parteiführer beim Reichspräsidenten.

Einzelbesprechungen.

Der Reichspräsident empfing im Laufe des heutigen Vormittags zuerst den Reichstagspräsidenten Loebe, sodann den Führer der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Hergt, der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Hermann Müller, des Zentrums Fehrenbach, der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz, der Deutschen Demokratischen Partei Koch und der Bayerischen Volkspartei Leicht zu Einzelbesprechungen über die politische Lage und die Frage der Regierungsbildung.

*

Die erste Sitzung des neugewählten Reichstags, die heute nachmittag 3 Uhr ihren Anfang nehmen soll, hatte schon in den frühen Vormittagsstunden zahlreiche Neugierige nach dem Königsplatz gelockt. Die Polizei bemühte sich mit Erfolg, Gruppen und Ansammlungen zu zerstreuen und hielt durch gütliches Zureden die Neugierigen zum Lustwandeln um den Reichstag herum an. Gegen Mittag begaben sich auch die Photographen mit ihren Kurbelkästen auf den Anstand am Portal II, um die bekanntesten Mitglieder des neuen Reichstags bei ihrem ersten Schritt in das neue Parlament auf der Platte zu verewigen.

Da verschiedene Fraktionen schon für den Vormittag Besprechungen angesetzt hatten, herrschte schon frühzeitig lebhaftes Treiben in den Wandelgängen. Unter anderen hielten die Demokraten eine Besprechung ab. Der Vorsitzende, Abgeordneter Koch, erstattete Bericht über die bisherigen Verhandlungen mit den anderen Parteien. Die Fraktion billigte einmütig die Haltung ihrer Unterhändler. Sie gab dem Abgeordneten Koch, der sich dann zum Reichspräsidenten begab, den Auftrag, dem Reichspräsidenten mitzuteilen, daß der Wunsch der Fraktion dahin gehe, daß die Regierungsbildung möglichst schnell vollzogen werde.

Das Tagesgespräch in den Wandelgängen gilt heute vor allem den Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern. In diesen Beratungen nahm der Reichspräsident die Vorschläge der Parteiführer zur Neubildung des Kabinetts entgegen. Einzelheiten aus diesen Besprechungen waren bis zur Mittagsstunde noch nicht bekannt geworden.

Als aussichtsreicher Kandidat für den Posten des Reichstagspräsidenten wurde heute vormittag der deutschnationale Abgeordnete Dr. Steiniger genannt. Die sozialdemokratische Fraktion scheint von ihrem Vorhaben, den Reichstagspräsidenten zu stellen, abgekommen zu sein, nachdem sich der bisherige Präsident Loebe entschieden geweigert hat, den Posten wieder zu übernehmen, da er glaubt, mit einer zu starken Opposition gegen seine Wahl rechnen zu müssen.

Wie wir hören, hat der Vorsitzende der Fraktion der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz dem Reichspräsidenten empfohlen, mit der Bildung eines Kabinetts auf breitester bürgerlicher Grundlage einen deutschnationalen Kandidaten zu betrauen, auch dann, wenn der Reichspräsident Bedenken wegen der Persönlichkeit des Kandidaten haben sollte.

Anläßlich des Zusammentritts des Reichstags fanden im Dom und in der Hedwigskirche Gottesdienste für die Mitglieder des Reichstags statt.

Preußischer Landtag.

Das Preußenhaus setzte Dienstag mittag die große politische Aussprache zum Haushalt für 1924 fort. Mit der Beratung verbunden wurde eine Reihe von Interpellationen, zu deren Beantwortung sich die Regierung bereit erklärt hat.

Nachdem der Volksparteiler Dr. Wiemer über die Ausschußberatungen berichtet hat, beantwortet ein Regierungsvertreter die große Anfrage der Sozialdemokraten über die Abänderung der Abtreibungsstrafen des Reichsstrafgesetzbuches. Er erklärt, daß das Staatsministerium bereit sei, beim Reichsjustizministerium eine Milderung der geltenden Strafbestimmungen anzuregen, die durch besondere Regelung und nicht erst bei der allgemeinen Strafrechtsreform ihren gesetzlichen Niederschlag finden sollen. Schon jetzt verhänge man die schweren Zuchthausstrafen nur in Ausnahmefällen, zumeist nehme man Vergehen, die mit einer Strafe von 1 Tag bis zu 5 Jahren zu ahnden sind, als vorliegend an. Für schwere Fälle müsse die Zuchthausstrafe bestehen bleiben. Die Abtreibung, insbesondere in den ersten drei Monaten nach der Empfängnis, überhaupt straffrei zu lassen, verbiete die Rücksicht auf die Gesundheit sowie die Gefahr einer dadurch herbeigeführten Zunahme der Abtreibungen, des außerehelichen Geschlechtsverkehrs und damit der Verbreitung der Geschlechtskrankheiten.

Dann nimmt der Sozialdemokrat Lindemann das Wort. Er sagt der Regierung die Unterstützung seiner Partei in der Frage der Stabilerhaltung der Währung zu. Voraussetzung sei aber, daß die Steuerpolitik gerechter werde. Der Redner verlangt weiter von der preußischen Regierung eine sozialere Gehaltspolitik, als sie die Reichsregierung treibe, deren Umstellung der Beamtenbesoldung zugunsten der höchsten Gehälter ein schreiendes Unrecht darstelle.

Die Verhandlungen im Bergbau.

Die Schlichtungsverhandlungen im Reichsarbeitsministerium, die Dienstag morgen unter dem Vorsitz des Präsidenten wieder aufgenommen wurden, dauern noch fort; doch hofft man, daß bis zum Abend noch eine „Einigung" der Parteien erzielt und ein neuer Schiedsspruch verkündet werden kann.

Betriebseinstellung auf den Phönixwerken.

Köln, 27. 5. (W. T. B.) Nach einer Meldung aus Duisburg hat die Direktion des Phönixwerkes durch Anschlag bekanntgemacht, daß sie wegen Kohlenmangel gezwungen ist, das Stahl- und Walzwerk stillzulegen. Es werden hiervon 3000 Arbeiter betroffen.

Berliner Kurse vom 27. 5.:
Dollar: unverändert Zuteilung 3 %
Pfund: ℳ 18,35 Bill., Zuteilung 10 %

Prozeß Thormann-Grandel.

(Fortsetzung von Seite 2.)

Vors.: Am Schluß der Aussagen sagen Sie, daß Sie das Geständnis ablegen, weil Sie nach besserer Ueberlegung die Tat mißbilligen. Dr. Grandel: Ich habe meine erste Aussage sofort, als ich ins Gefängnis zurückkam, widerrufen wollen und schrieb das auf einen Zettel. Vors.: Beim zweiten Verhör im Beisein des Justizrates Claß haben Sie dann alles widerrufen. Was haben Sie da gesagt? Dr. Grandel: Was damals Untersuchungsrichter Dr. Rothmann geschrieben, habe ich nicht gesagt, er hat es vielmehr formuliert. Ich hatte keinen Ueberblick, ob nicht Tettenborn und Köpke die Sache mit Kenntnis ihrer Führer Wulle und Graefe gemacht haben.

Generalstaatsanwalt: Hat der Angeklagte dem „Germanenorden" angehört, dem auch die Mörder Schulz und Tillessen angehört haben? Dr. Grandel: Ich habe ihm nicht angehört. Generalstaatsanwalt: Bei den Nachforschungen bei Schulz und Tillessen ist ein Brief des Lehrers Heve vom „Germanenorden" gefunden worden, der schreibt, daß Dr. Grandel ihn böse im Stich gelassen habe. Dr. Grandel: Ich habe mit Heve einmal vier Wochen Fühlung gehabt und er wollte mich für ein Amt im „Germanenorden" vorschlagen. Aber ich lehnte einen Beitritt für den Orden ab.

Generalstaatsanwalt: Unter den bei Herrn Claß beschlagnahmten Papieren befindet sich ein Zettel: „Rute Finanzrat zurück". Vors.: Wußten Sie, daß Claß mit General Seeckt ein Rencontre hatte? Dr. Grandel: Claß erzählte mir einmal daß er versucht hatte, Seeckt für seine Pläne zu gewinnen, daß aber Seeckt abgelehnt habe. Von Unstimmigkeiten war aber keine Rede. Generalstaatsanwalt: Es war doch wohl so, daß Seeckt zu Claß gesagt hat: „Ich schieße auch gegen rechts bis zum letzten Mann und bis zur letzten Patrone." Dr. Grandel: Jawohl.

Demonstrationen in Gelsenkirchen.

x. **Gelsenkirchen**, 27. 5. (Eigenbericht.) Die vom kommunistischen und unionistischen Betriebsrätekongreß in Bochum am vergangenen Samstag beschlossenen Demonstrationen in fünf großen Städten des Ruhrgebiets haben heute vormittag große Menschenmassen auf die Beine gebracht, was aber wohl mehr darauf zurückzuführen ist, daß die Leute nichts zu tun haben, als auf demonstrative oder andere Absichten.

In der Arbeiterschaft greift allmählich doch eine immer stärkere Ratlosigkeit um sich, und die Leute haben deshalb ganz natürlich das Bedürfnis, von ihren Führern etwas Neues zu erfahren. Aber die Führer konnten ihnen heute schon deshalb nichts sagen, weil die Polizei die Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel nicht duldete, zumal ihr von der Besatzungsbehörde dringend nahegelegt wurde, unter allen Umständen das Versammlungsverbot strikt durchzuführen. Die Polizei löste daher überall, wo sich Züge oder Ansammlungen bildeten, die Massen mit sanftem Druck auf. Zu Ruhestörungen ist es nirgends gekommen. Die Stimmung in der Arbeiterschaft ist ziemlich gedrückt.

Keine Erwerbslosenunterstützung

ü. **Essen**, 27. 5. (Eigenbericht.) Wie der Christliche Metallarbeiter-Verband mitteilt, hat das Reichskabinett abgelehnt, den Metallarbeitern, die durch den Konflikt im Bergbau zu feiern gezwungen sind, Erwerbslosenunterstützung zu gewähren. Aus allen Städten des rheinisch-westfälischen Industriebezirks wird gemeldet, daß die Großindustrie ihre Betriebe wegen Kohlen- bezw. Strommangels schließen muß. Die infolgedessen ein sehr große Anzahl von Metallarbeitern ohne ihre Schuld in Not geraten ist, hat der Christliche Metallarbeiter-Verband sich noch einmal an die Regierung gewandet mit dem Ersuchen, eine Unterstützungsaktion einzuleiten.

Sächsischer Landarbeiterstreik.

sd. **Dresden**, 27. 5. (Eigenbericht.) Die ausständigen Landarbeiter im Leipziger Kreise haben trotz wiederholter Aufforderung die Arbeit weder aufgenommen noch Notstandsarbeiten ausgeführt und dazu noch mit einer weiteren Ausdehnung des Ausstandes gedroht. Infolgedessen ist im gesamten Leipziger Bezirk vom sächsischen Wirtschaftsministerium die Technische Nothilfe eingesetzt worden. Auf einer Reihe von Gütern sind die Arbeiter erneut in den Ausstand getreten, während in manchen Bezirken der Ausstand völlig erloschen ist.

Haupttagung des Vereins der Auslandsdeutschen.

Hannoverisch-Münden, 27. 5. (T. U.) An der Haupttagung des Vereins für das Deutschtum im Auslande, die vom 11. bis 15. Juni in Hannoverisch-Münden stattfindet, wird eine überaus zahlreiche Vertreterschaft von Auslandsdeutschen teilnehmen. Es werden Abordnungen entsandt aus Nordschleswig, dem Memeler Land, Litauen, Kurland, Estland, Südslawien, Galizien, Südtirol, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Wolgagebiet und anderen russischen Siedlungen. Deutsch-Oesterreich wird selbstverständlich mit zahlreichen Vertretern zugegen sein. Außerdem haben die maßgebenden Reichs- und Staatsbehörden ihre Teilnahme zugesagt. Der abschließende Sonntag ist als Großdeutscher Tag für die gesamte Bevölkerung gedacht. Nach dem Festgottesdienst wird sich ein Festzug mit Trachtengruppen und besonderen Festwagen durch die Stadt bewegen. Bisher sind von auswärts 400 Vertreter und 4000 Jugendliche angemeldet.

Vom deutschen Roten Kreuz.

Berlin, 27. 5. (W. T. B.) Das Deutsche Rote Kreuz ist bei der diesjährigen Generalversammlung der Liga der Rotkreuzgesellschaften in Paris in den Gouvernementsrat, das oberste Verwaltungsorgan der Liga, gewählt worden. Das Deutsche Rote Kreuz hat seinen bisherigen Generalsekretär Draudt als Gouverneur bestimmt und ihm unter Verleihung des Titels eines Vizepräsidenten das Mandat zur Wahrnehmung der Außenarbeit des Deutschen Roten Kreuzes erteilt. Zum Generalsekretär ist an seiner Stelle der bisherige Leiter der Flüchtlingsfürsorge des Deutschen Roten Kreuzes, Freiherr v. Rotenhan, ernannt worden.

Paris zur deutschen Kabinettsbildung.

Gutachten und Völkerbund.

sf. **Paris**, 27. 5. (Eigenbericht.) Der „Matin" bringt heute früh die Nachricht von der Abdankung der Regierung Marx und von ihrer provisorischen Betrauung mit der Fortführung der Geschäfte. Das Blatt glaubt, daß Ebert Herrn Hergt als den Chef der zahlreichsten Partei berufen werde, aber es glaubt nicht, daß es diesem gelingen werde, das Kabinett zu bilden. Er begründet diese Ansicht mit dem gestern abend zustande gebrachten Beschluß der Deutschnationalen, in der Frage des Sachverständigengutachtens keine Verpflichtungen eingehen zu wollen, wodurch die Mitarbeit der gemäßigten Parteien mit den Deutschnationalen unmöglich würde. Das Blatt folgert aus dieser Sachlage, daß Ebert Marx wieder berufen und dieser die meisten seiner gegenwärtigen Minister beibehalten werde. Der Berichterstatter des „Matin", der angibt, den Namen Hergt vor zwei Monaten zum ersten Male gehört zu haben, behauptet, daß der Chef der Deutschnationalen in der Sachverständigenfrage heute ja und morgen nein zu sagen pflege. „Petit Parisien" meldet, daß die Deutschnationalen ihre ablehnende Antwort nicht der Gesamtheit der Mittelparteien, sondern bloß der Deutschen Volkspartei mitgeteilt haben, und daß sie dabei den Wunsch ausgesprochen hätten, mit dieser Partei in Beziehung zu bleiben. Das Blatt folgert daraus, daß die Betrauung Hergts mindestens bei der Deutschen Volkspartei eine freundliche Aufnahme finde, weil diese Partei deutlich den Konservativen zuneige. „Echo de Paris" berichtet, daß die Demission Marx' durch den Widerspruch hervorgerufen worden ist, den der Innenminister Jarres den Plänen des Kanzlers entgegengesetzt habe. Auch die Deutsche Volkspartei habe die Abdankung des Kabinetts gefordert. Im Gegensatz zum „Matin" glaubt „Echo de Paris" jedoch, Ebert werde Marx sofort mit der Neubildung des Kabinetts betrauen, und das neue Kabinett werde alle alten Minister enthalten mit Ausnahme von Jarres.

„Echo de Paris" erfährt aus London, daß Mac Donald im September in Genf an der Tagung des Völkerbundes teilnehmen werde. Herriot wird, falls er Ministerpräsident wird, ebenfalls in Genf erscheinen. Dort wird dann über das Sachverständigengutachten verhandelt werden, wenn es bis dahin nicht, wie der Korrespondent sich ausdrückt, „zu ronzia" geworden ist. So sei es zwischen den drei Vertretern der englischen Arbeiterpartei, die jetzt in Paris sind, und dem Vertreter der Radikal-Sozialisten, der sich in London war, um Mac Donald und Rakowski zu befragen, beschlossen worden. Der Korrespondent meldet, daß die Engländer jubeln würden, wenn auch der deutsche Kanzler nach Genf geladen werden würde, und er hält es für interessant, beobachten zu können, wie sich Mac Donald verhalten werde, um Hergt oder Tirpitz zu sagen, daß Deutschland seine Verpflichtungen einhalten soll.

Der Berliner Korrespondent des „Echo de Paris" meldet in letzter Stunde, daß Tirpitz Schwierigkeiten begegne und daß die Deutschnationalen, wenn sie die Personenfrage, ob Bülow oder Hergt, in den Vordergrund schieben, nicht einig gehen. Aber auch dieser Korrespondent glaubt, daß schließlich Marx wieder ernannt werden wird, weil sowohl die Demokraten wie die Deutschnationalen ausgesprochen haben sollen, daß sie zusammen in einem Ministerium nicht arbeiten können. „Petit Journal" berichtet ähnlich wie die vorstehenden Blätter, fügt jedoch bei, daß Ebert nicht nur die Deutschnationalen fondern auch die Sozialdemokraten auffordern werde, die Regierung zu übernehmen, daß aber beide Parteien die Aufgabe ablehnen und daß daher Marx wieder betraut werden wird, jedoch wird sich der Kanzler außer von Jarres, der wegen seiner Münchener Beziehungen kompromittiert sein soll, auch von Hamm trennen, der sich in Hamburg angeblich gegen das Sachverständigengutachten ausgesprochen haben soll. Das Blatt berichtet von einem Beschluß der Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten, wonach das Sachverständigengutachten als Grundlage der Verhandlungen angenommen worden sei; Bedingung sei die Rückkehr der Vertriebenen und die Entlassung der Gefangenen, aber auch sonstige Klärungen seien notwendig.

„Petit Journal" erfährt aus München, daß dort im Gegensatz zum Reich eine Linksorientierung in dem Sinne eingetreten sei, daß Dr. Pleger das bayerische Kabinett bilden wird, in dem nur ein Nationaler, je zwei bis drei Bayerische Volksparteiler und Nationalliberale und sogar ein Kommunist sitzen werden. Damit sei die Politik Kahr-Hitler in Bayern abgelehnt und es folge eine „vernünftige föderative Politik im Rahmen des Reiches".

Die Linksblätter, welche sich sehr weitläufig und scharf mit der Rede Poincarés beschäftigen, behandeln die Demission Marx etwas kürzer. „Ere Nouvelle" spricht nur von allgemeinem Pessimismus. „Oeuvre" meldet ähnlich wie „Petit Journal", meint jedoch, daß die Volkspartei den Anstoß zur Abdankung von Marx gegeben habe, während Zentrum und Demokraten Marx halten wollten. Als Nachfolger sollen die Nationalen Steinberger, die Sozialdemokraten den Präsidenten Löbe vorschlagen. „Humanité" hat noch keine positiven Nachrichten und spricht nur von dem ungeschickten Vorgehen der deutschen Regierung gegen die Kommunistische Partei. „Peuple" und „Populaire" fassen sich sehr kurz.

Die französische Kabinettsbildung.

Gegen Millerand.

Paris, 27. 5. (T. U.) Nach den Meldungen aus der Provinz zu schließen, gewinnen innerhalb der sozialistischen Partei die Anhänger einer positiven Mitarbeit bei der Kabinettsbildung und der Regierung immer mehr an Boden. Von 12 Departements haben 10 im Verlauf der vergangenen und gestern abgehaltenen lokalen Kongresse für die Beteiligung an der Regierung und nur 2 dagegen gestimmt. In Limoges brachte ein Sozialist auf der Tagung des Generalrates, Haute-Vienne, eine Resolution ein, in der die neue Kammer aufgefordert wird, jede Zusammenarbeit mit Millerand abzulehnen, da er auf seiner verfassungsmäßigen Rolle herausgetreten sei und sich nicht scheute, an dem Wahlkampf teilzunehmen. Die Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen. Ein anderer sozialistischer Antrag auf Absetzung des Präsidenten der Republik im Departement der Ardennen erhielt gegen die 5 Stimmen der Sozialisten abgelehnt.

Englische Befürchtungen.

Die Niederhaltung der deutschen Konkurrenz.

a. **London**, 27. 5. (Eigenbericht.) Die Nachricht von der Demission der deutschen Regierung wird in den Londoner Blättern noch nicht kommentiert, abgesehen von dem sozialdemokratischen „Daily Herald", nach dessen Informationen die Deutschnationalen die Demission des Präsidenten Ebert und die Ernennung einer ihnen nahestehenden Persönlichkeit zum Präsidenten gefordert haben sollen. Das Blatt glaubt, daß unter den gegenwärtigen Umständen es überhaupt kaum möglich sein wird, eine Regierung mit einer stabilen Majorität zu bilden, und sieht voraus, daß mit der Möglichkeit der Errichtung einer Diktatur gerechnet werden dürfte.

In ähnlicher Weise scheint man auch in anderen englischen Kreisen die weitere Entwicklung der Lage zu beurteilen, ebenso wie auch auf der gestrigen Londoner Börse die Entwicklung der deutschen Verhältnisse eine gewisse Aufmerksamkeit auf sich zog. Der „Daily Telegraph" soll auch erfahren haben, daß man in amerikanischen Kreisen durch die Entwicklung in Deutschland eine Störung der Abrüstungspläne befürchte. Der Widerstand gegen das Pariser Sachverständigengutachten, der sich in Deutschland bemerkbar mache, ist, dem gleichen Blatt zufolge, entweder rein chauvinistisch oder er geht von Industriekreisen aus, die nur das Bestreben haben, die deutsche Industrie von Steuern frei zu halten, um dadurch die unanständige Konkurrenz gegenüber den Alliierten auf dem Weltmarkt wieder aufnehmen zu können. Hier kommt wieder einmal ein Gedanke zum Ausdruck, von dem an dieser Stelle wiederholt betont worden ist, daß er auf die englische Haltung zum Sachverständigengutachten einen entscheidenden Einfluß ausübt, nämlich der Gedanke, daß es gelingen werde, durch Durchführung der Sachverständigengutachten die Gefahr der deutschen Konkurrenz zu beseitigen. Aus dieser Hoffnung heraus ist zu einem sehr großen Teil die englische Propaganda für das Sachverständigengutachten zu erklären. Im übrigen wird der Zeitpunkt der Durchführung in den offiziösen Informationen des „Daily Telegraph" immer weiter hinausgeschoben. Vor einigen Tagen war noch von zwei Monaten die Rede, heute meint das Blatt bereits, daß das Sachverständigengutachten nicht vor dem nächsten Herbst in volle Kraft treten könne.

Die zahllosen Erklärungen des Herrn Herriot, der sich täglich in einer anderen Tendenz äußert, erwecken in Londoner politischen Kreisen nur noch geringe Aufmerksamkeit. Die offizielle englische Propaganda benutzt diese Erklärungen, um für die Durchführung des Finanzberichtes Stimmung zu machen, aber in Wirklichkeit ist hier niemand darüber zweifelhaft, daß die Aussichten für das Gelingen des Finanzplanes nach wie vor überaus ungewiß sind und daß auch ein Kabinett Herriot an dem Bestehen der Pressekonflikte nichts ändern könne. Insbesondere in der Sicherheitsfrage hebt man hervor, daß Herriot noch weitergehendere Forderungen stellen werde als Poincaré. Es zeige sich jetzt, daß alle diejenigen im Irrtum waren, die behaupteten, daß das Verschwinden Poincarés auch das Verschwinden der Poincaréschen Politik bedeuten würde. Herriots Absicht gehe dahin, das Werk Poincarés zu vollenden. Die Politik Herriots werde notwendigerweise darin bestehen, die Sanktionen anzuwenden und deutsche Versprechungen nicht anstelle von Bargeld anzunehmen.

Die „Times" und Professor Hoetzsch.

London, 27. 5. „Times" veröffentlicht eine Zuschrift von Professor Otto Hoetzsch, in der er, anknüpfend an einen „Deutsche Zweifel" überschriebenen Leitartikel der „Times" zur Frage der Annahme des Dawesberichts durch Deutschland unter Bezugnahme auf Mac Donalds Erklärung, daß der Dawesbericht von Deutschland als Ganzes angenommen werden müsse, betont, daß zwar die alliierten Sachverständigen, aber noch nicht die alliierten Regierungen den Bericht als Ganzes angenommen haben. Es beständen noch immer sehr wesentliche Meinungsverschiedenheiten zwischen London und Paris bezüglich der „unité indivisible" des Berichts, der Räumung des Ruhrgebietes und der sogenannten „Sanktionen".

Zu der Erklärung der „Times", daß Frankreich durch Freilassung der deutschen politischen Gefangenen im Ruhrgebiet und Rheinland und Erteilung der Rückkehrerlaubnis für die Ausgewiesenen dem deutschen Volk zeigen würde, daß ein Zusammenwirken auf Grund des Sachverständigenplans nicht nur eine Lösung verwickelter wirtschaftlicher Probleme, sondern den Beginn des Friedens und der Versöhnung bedeute, erklärte Hoetzsch, in dieser Richtung hänge viel von Frankreich ab. Hoetzsch weist zum Schluß darauf hin, daß die französischen Truppen im Ruhr- und Sanktionsgebiet gegenwärtig 52 715 Mann stark seien, daß daher von der Unsichtbarmachung der Besetzung keinerlei Anzeichen zu erblicken sind. Außerdem forderten die Franzosen in Düsseldorf augenblicklich den Bau neuer Kasernen. Mehr als 90 Familien würden durch diese neuen Maßnahmen der französischen Militärbehörden ihrer Heimstätten beraubt. In dieser Richtung seien die „deutschen Zweifel" zu suchen.

England und die Schelde.

London, 27. 5. (W. T. B.) (Unterhaus.) Kommandant Bellairs richtete eine Anfrage an die Regierung, in der er darauf hinwies, daß die holländischen Befestigungen an der Schelde verhinderten, daß Großbritannien in Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen Belgien wirksam Beistand leisten könnte. Er fragte, ob die britische Regierung zu irgend einem Zeitpunkt Verhandlungen über die Frage einleiten wolle, daß die Durchführung bewaffneter Streitkräfte durch befestigte Wasserstraßen, wie z. B. durch die Scheldemündung, und daß der Zugang zur Ostsee gestattet werde, wenn der Völkerbund die Ermächtigung dazu erteilte. Im Namen des Premierministers erwiderte Clynes, diese Frage werfe zahlreiche andere verwickelte und umstrittene Fragen auf. Die von dem Abgeordneten erwähnten Probleme würden durchaus im Auge behalten werden.

Frankreichs Flugwaffe.

Paris, 27. 5. (T. U.) Nach einer amtlichen Statistik verfügt Frankreich zurzeit über 106 Fluggeschwader in Frankreich und im besetzten Gebiet und über 20 in Algier, Marokko und im Nahen Osten.

England und Italien

Der Königsbesuch in London.

fr. **Mailand**, 27. 5. (Eigenbericht.) Gestern fand im Buckingham-Palast ein Festmahl statt. Die Trinksprüche, die dabei gewechselt wurden, waren besonders herzlicher Natur. Der König von England erinnerte in seiner Ansprache an den Besuch der Großeltern des italienischen Königs vor 70 Jahren in London. Damals wie heute seien zwischen England und Italien die engsten Beziehungen gewesen. Dann ging er auf die gemeinsame Waffenbrüderschaft im Weltkriege ein und auf die glorreichen Erfolge des italienischen Heeres. Er erhob dann das Glas und trank auf das Wohl des königlichen Hauses und auf das italienische Volk, dem er ein künftiges Glück wünschte, daß Italien und seiner glorreichen Vergangenheit würdig wäre. Der italienische König antwortete und sprach seinen herzlichen Dank aus. Er wies darauf hin, daß die Bänder der Freundschaft und Liebe zwischen den beiden Völkern ununterbrochen gedauert hätten. Die wirtschaftlichen Interessen und die kulturellen vereinigten sich, um die beiden Völker miteinander verknüpft zu halten. In diesem Sinne entbot er dem englischen Königshaus und dem englischen Volke seinen Gruß.

„Manchester Guardian" schreibt zum Besuch des italienischen Königspaares, eine alliierte Konferenz werde wahrscheinlich innerhalb eines Monats in einer der alliierten Hauptstädte stattfinden. Herriots freundschaftliche Geste gegenüber Deutschland habe in amtlichen britischen Kreisen einen sehr günstigen Eindruck gemacht. Es werde erwartet, daß der italienische Königsbesuch eine Atmosphäre des Einvernehmens zwischen Italien und Großbritannien erzeugen werde. Glücklicherweise liege den Alliierten bereits das Gerippe eines Reparationsplanes in Gestalt des Dawes-Gutachtens vor, das von jeder der alliierten Regierungen angenommen worden sei. Wie verlautet, sei die britische Regierung bereit, die Frage der interalliierten Schulden zu verschieben, um dem Dawes-Plan einen guten Beginn zu ermöglichen.

Mac Donald—Mussolini.

fr. **Mailand**, 27. 5. (Eigenbericht.) Der Londoner Korrespondent des „Secolo" teilt heute mit, daß Mac Donald Mitte April an Mussolini einen sehr freundlich gehaltenen Brief gerichtet habe, in dem der Wunsch ausgesprochen war, daß die Verhandlungen über die Jubalandfrage zu einer günstigen Lösung kommen möchten. Mussolini antwortete in gleichem Sinne, und seitdem war für die Eingeweihten klar, daß die schwierige Frage der Verhandlungen glücklich überwunden war.

Die Lage in Bessarabien.

s. **Wien**, 27. 5. (Eigenbericht.) Zuverlässige Nachrichten aus Bessarabien besagen, daß die Kommunisten eine besonders rege Tätigkeit zu entfalten beginnen. Seit dem Beginn dieses Monats wurde die Hauptstadt der Provinz, Kischinew, förmlich mit kommunistischen Plakaten überschwemmt, es ist auch bekannt, daß in der roten Armee, an der Grenze des Dnjestr, eine eifrige Agitation eingesetzt hat, in das reiche Getreideland Bessarabien einzurücken, da dort sehr viel Brot zu haben sei. Dennoch wird für den Augenblick an keine ernste Aktion seitens der Russen geglaubt.

Die rumänischen Militärbehörden haben ihrerseits sehr energische Gegenmaßregeln ergriffen. Der Belagerungszustand ist über Bessarabien verhängt worden, und zahlreiche Verhaftungen und Haussuchungen finden statt. Es ist der rumänischen Regierung gelungen, eine weitverzweigte kommunistische Verschwörung aufzudecken; die Teilnehmer wurden reichlich aus Moskau mit Geld unterstützt und waren beauftragt, im ganzen Lande Unruhen zu stiften. Das Komplott wurde durch einen Zufall entdeckt, einer der Hauptverschwörer war in Berlin gewesen und hatte von dortigen russischen Kreisen Geld und Instruktionen erhalten. Seine Koffer wurden an der rumänischen Grenze geöffnet und wichtiges Material fiel dabei in die Hände der Polizei.

Benesch Präsident der Junitagung des Völkerbundes.

Wien, 27. 5. (T. U.) Der Junitagung des Völkerbundes in Genf wird der tschechische Außenminister Benesch präsidieren.

Der „Weiße Terror" in Polen.

Ao. **Warschau**, 27. 5. (Eigenbericht.) Als Antwort auf den im „Populaire" erschienenen Aufruf „Der Weiße Terror in Polen", der auch von Painlevé und Herriot unterzeichnet worden war, übersandte der Abgeordnete Thugutt an Painlevé ein Schreiben, in dem er den Angaben des Aufrufs widerspricht. Wie der „Kurjer Polski" erfährt, haben fast gleichzeitig mit Thugutt Vertreter der ukrainischen und der weißrussischen Sejmfraktionen ein Schreiben an Painlevé gerichtet, in dem sie darauf hinweisen, daß die im französischen Aufrufe enthaltenen Angaben über die Lage der politischen Gefangenen in Polen nur sehr ungenügend die Schrecken charakterisierten, wie sie in polnischen Gefängnissen tatsächlich seien. Die Autoren dieses zweiten Briefes an Painlevé verweisen auf das in ihrem Besitze befindliche authentische Material.

Stockholmer Abschiedsfeier für Botschafter Nadolny.

hem. **Hamburg**, 27. 5. (Eigenbericht.) Die Deutsche Kolonie in Stockholm veranstaltete unter großer Beteiligung von Schweden und Deutschen eine Abschiedsfestlichkeit für den bisherigen deutschen Gesandten in Stockholm, Botschafter Nadolny und seine Gattin. Pastor Oblig brachte ihnen den Dank der Stockholmer deutschen Kolonie für ihr erfolgreiches Wirken dar. Prof. Walter, Rektor der deutschen Sprache an der Universität Lund, dankte im Namen des schwedisch-deutschen akademischen Bundes und Dr. Sven Hedin im Namen des schwedisch-deutschen Vereins. Botschafter Nadolny dankte für die Beweise der Sympathie und Freundschaft, die ihm während seiner vierjährigen Tätigkeit in Schweden erwiesen worden seien.

Französisch-russische Besprechungen.

Paris, 27. 5. (T. U.) „Chicago Tribune" **meldet aus London, daß der Vorsitzende der Sowjetdelegation, Rakowski, sein Amt niedergelegt habe, um die Besprechungen mit Frankreich aufnehmen zu können. Als seinen Nachfolger erwartet man in London Litwinow.**

Die Klärung.

Endlich hat die Regierung Marx-Stresemann durch ihren Rücktritt den Weg zu der Regierungsbildung, wie sie dem unmißverständlichen Votum des 4. Mai entspricht, freigemacht. Wenn das Kabinett sofort nach den Wahlen demissioniert hätte, was ohne allen Zweifel unabweisbares parlamentarisches Erfordernis war, wäre der Oeffentlichkeit die vergangene Woche der Winkelzüge und des Parteischachers erspart geblieben. Der Reichspräsident hätte sofort tun können, was er heute tun wird: einen Deutschnationalen mit der Kabinettsbildung betrauen, und in diesen Verhandlungen des designierten Reichskanzlers mit den Fraktionen wären die sachlichen Voraussetzungen für die neue Koalition zu schaffen gewesen. Kein Wort der Kritik ist zu scharf für die Haltung der liberalen Presse, die wochenlang ihren Lesern vorredete, es liege nicht der geringste Anlaß zum Rücktritt des Kabinetts vor. Es wurde sogar behauptet, daß die Regierung Marx sich dem neuen Reichstag stellen und das Vertrauen für ihre Politik erbitten müsse. Diese Taktik hat einen Zusammenbruch erlitten, der vollständiger kaum gedacht werden kann. Keinerlei sachliche Gründe waren dafür maßgebend, sondern ausschließlich Gesichtspunkte der parlamentarischen Cliquenwirtschaft und der hysterischen Furcht, aus persönlichen Positionen verdrängt zu werden. Was in der letzten Woche an politischer Brunnenvergiftung geleistet worden ist, übersteigt jedes Maß. Ein Wort für sich erfordert noch die Haltung des Berliner Organs der Deutschen Volkspartei. Der gestrige Beschluß dieser Fraktion, der sich sachlich vollkommen mit dem Beschluß der Deutschnationalen Partei kurz nach den Wahlen deckt, beweist auf das deutlichste, daß die „Zeit" die Stimmung in der eigenen Partei nicht kannte. Zwischen der Haltung des Blattes und der Haltung der Fraktion besteht ein unüberbrückbarer Gegensatz. Wir sträuben uns, den Gedanken, der in der heutigen „Germania" zum Ausdruck kommt, daß die Stellungnahme der „Zeit" auf Dr. Stresemann zurückzuführen wäre. „Das Kompliment vor Stresemann in dem Beschluß der Volkspartei kann kaum darüber hinwegtäuschen, daß die Partei den Deutschnationalen zuliebe tatsächlich von ihrem Führer etwas abgerückt ist." Es bleibt nur noch zu wünschen, daß im Zentrum eine ebensolche Klärung vor sich geht. Wir glauben zu wissen, daß auch die „Germania" keineswegs die Ansichten der Mehrheit der Zentrumsfraktion wiedergibt. Höchst eigenartig berührt die Stellungnahme des „Berliner Tageblatts", das heute morgen in gänzlicher Verkennung (oder gewollter Verdrehung?) der Situation von „gescheiterten Verhandlungen" spricht und nichts anderes zu sagen weiß, als daß das soeben zurückgetretene Kabinett Marx vermutlich bereits heute wieder auferstehen werde. Dies ist die einzige Möglichkeit, die nach dem objektiven Stand der Dinge nicht eintreten kann und darf.

Die grenzenlose Blamage der Linkspresse ist jetzt wenigstens vollkommen aufgedeckt, und weiteste Kreise können sich an diesem konkreten Fall leicht ein zutreffendes Urteil über solche Politik bilden. Was Oswald Spengler in seiner neuen Broschüre über den „Sumpf" zu sagen weiß, trifft in klatanter Weise auf diese Vorgänge zu. Freilich hat es dieselbe Presse fertiggebracht, aus dem zitierten Abschnitt der Spenglerschen Abhandlung bloß denjenigen Teil wiederzugeben, der eine gewisse Kritik an der nationalen Rechten übt, und dadurch die Tendenz Spenglers in ihr genaues Gegenteil zu verkehren. Diese Rekriminationen machen uns keine Freude, sie sind aber notwendig, um zu zeigen, mit welchen Mitteln gearbeitet wird, um eine Lösung zu verhindern, die das Wohl des Reichs unter allen Umständen gebietet.

Grundsätzliche Schwierigkeiten einer Zusammenarbeit der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei mit Bayerischer Volkspartei, Zentrum und eventueller Demokratie bestehen nun nicht mehr. Die Antwort der Deutschnationalen zeichnet sich durch politische Ehrlichkeit und taktisches Entgegenkommen aus. Der volle Wortlaut der Erklärung ist uns nicht bekannt. Aber aus dem der Presse mitgeteilten Inhalt ergibt sich, daß das Schwergewicht auf dem letzten Teile des Beschlusses liegt. „Die Fraktion hat sich", so heißt es darin, „nicht der Notwendigkeit verschlossen, daß eine gewisse Kontinuität mit der abtretenden Regierung gewahrt werden muß, sie hat aber auch zum Ausdruck gebracht, daß sie die deutschen Unterhändler nicht mit gebundenen Händen dem Ausland gegenüberstellen darf, so daß sie schon vor einer vorweggenommenen materiellen Entscheidung in der Außenpolitik stehen." Sachlich genau das gleiche besagt das sogenannte Programm der Mittelparteien, indem es zum Ausdruck bringt, daß das Sachverständigengutachten als ein einheitliches und unteilbares Ganzes anzusehen ist, dessen Auslegung mit gutem Willen erfolgen muß und dessen Durchführung nur denkbar ist, wenn eine ganze Reihe mehr oder weniger deutlich umschriebener Voraussetzungen erfüllt wird. Mit Recht erfolgt dieser deutliche Appell an die Entente, der nicht einmal in Nuancen sich wesentlich von dem unterscheidet, was die Deutschnationalen unverzichtbare Vorbehalte genannt haben. Die beiden Erklärungen ermöglichen die neue Koalition ohne weiteres, und es bleibt das Geheimnis des „Berliner Tageblatts", wie man zwischen diesen Dokumenten ernste Gegensätze konstruieren kann.

Die Situation erscheint daher vollkommen einfach und durchsichtig. **Die „Mittelparteien" als einheitliche Aktionsgruppe gibt es seit dem gestrigen Beschluß der Deutschen Volkspartei nicht mehr. Mit Genugtuung wird es in allen nationalen Kreisen aufgenommen werden, daß diese Partei wieder zu sich selbst zurückgefunden hat. Schon aus diesem Grunde ist eine Wiederbetrauung des Kabinetts Marx gar nicht diskutabel. Zentrum und Demokratie allein können ein Minderheitskabinett noch weniger bilden als mit der Deutschen Volkspartei zusammen. Die Mitwirkung der Sozialdemokratie muß als ausgeschlossen gelten. Daher bleibt kein anderer Weg, als die schleunige Bildung der von der „D. A. Z." von Anfang an befürworteten Koalition von den Deutschnationalen möglichst bis zu den Demokraten. Der Reichspräsident steht nun vor vollkommen klarer Sachlage. Die Betrauung eines Deutschnationalen mit der Kabinettsbildung ist nicht nur formal und parlamentarisch das Gebot der Stunde, sondern viel mehr noch das**